

Warten auf September: Deutsch-Amerikanische Beziehungen zwischen den Wahlen^{*}

Von Jessica Riester^{**}

Einleitung

Die U.S.-europäische Partnerschaft wird nicht zuletzt wegen gemeinsamer Ziele und Werte als kritischer Akteur beim Lösen verschiedenster weltweiter Herausforderungen gesehen. Deutschland ist ein wichtiger Akteur in dieser Partnerschaft. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich um eine perfekte Partnerschaft handelt. Da es jetzt immer klarer wird, dass die USA die Rolle als Schutzmacht und Wirtschaftspartner nicht für immer ausfüllen werden, kommt Europa ins Stolpern. Die neue Obama-Administration hat klargemacht, dass sie an ihre Partner hohe Erwartungen richtet. Strategieempfehlungen und –ideen, militärische Verpflichtungen und multilaterale Ansätze zur Lösung der globalen wirtschaftlichen Herausforderungen sind erst der Anfang. Trotz der anfänglichen Begeisterung in Europa über Obamas Wahlsieg werden die amerikanischen Interessen unter der neuen Regierung die gleichen sein, nur die Strategie mag sich ändern. Ob Europa und Deutschland die Chance wahrnehmen werden, global ein Mitspracherecht zu haben und eine entsprechende Rolle auf der Weltbühne zu spielen, hängt davon ab, inwieweit sie sich als effektive Partner in der westlichen Allianz bewähren werden. Die Frage ist: Werden Europa und Deutschland die Initiative ergreifen?

Seit dem Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen eine Achterbahnfahrt der Höhen und Tiefen erlebt. Kurz nach den Anschlägen des 11. September 2001 berief sich die NATO auf Artikel V (ein bewaffneter Angriff auf ein NATO-Mitglied ist ein Angriff auf alle Mitglieder) und der Bundestag, unter der Führung von Kanzler Gerhard Schröder, beteiligte sich mit deutschen Truppen an der internationalen Mission in Afghanistan. Später, als die Vereinigten Staaten den Sturz von Saddam Husseins Regime vorbereiteten, wurde in Deutschland die Kritik an einem solchen Plan – und der U.S.-Regierung – lauter, indem darauf verwiesen wurde, den UN Waffeninspektoren müsse erst genug Zeit zum Abschließen ihrer Untersuchung gegeben werden. Gerhard Schröders harter außenpolitischer Kurs, der sich gegen die in Deutschland unpopuläre Strategie der Amerikaner wandte, bescherte ihm daraufhin in einer knappen Bundestagswahl den Sieg. Deutschland und die USA waren sich zudem uneinig in Sachen Klimawandel, westlicher Beziehungen zu Russland, Landminen, Internationaler Gerichtshof (ICC) und Boeing-Airbus (auch wenn die wirtschaftlichen Beziehungen größtenteils freundschaftlich blieben). Durch die Kandidatur und Wahl Obamas gibt es nun wieder einen Aufschwung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Obamas Berater tauschen sich mit ihren europäischen Kollegen aus, sie sind dabei, ihren Kurs zum Thema Klimawandel zu ändern und haben damit begonnen, amerikanische Truppen aus dem Irak abzuziehen und sich auf den Afghanistankonflikt zu konzentrieren. In diesen Bereichen befinden sich die Strategiepläne mit denen Deutschlands auf einer Linie. So sind 82 Prozent der Deutschen der Meinung, dass der neue U.S. Präsident in der Außenpolitik „das Richtige tun“ wird und sich dadurch die Beziehungen zu Deutschland verbessern werden.¹

Nichtsdestotrotz weichen die beiden Länder in der Wirtschaftspolitik voneinander ab, obwohl die Obama-Administration zum entschlossenen Handeln aufgerufen hatte, was nun in Zeiten der Krise und des wirtschaftlichen Umbruchs zu Unfrieden führt. Jetzt da Obamas Regierung und der von den Demokraten kontrollierte Kongress versuchen, durch Mehrausgaben der Rezession, die durch mangelnde Regulierung der Banken und Immobilienmärkte hervorgerufen wurde, zu entkommen, weigern sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Große Koalition der amerikanischen Forderung nach höheren Konjunkturausgaben (zusätzlich zu den bereits ausgegebenen 80 Milliarden Euro) von Europas

^{*} Dieser Aufsatz erschien zunächst im Juni 2009 auf Englisch als *AICGS Issue Brief 30: [Waiting for September: German-American Relations Between Elections](#)*.

^{**} Jessica Riester ist Research Program / Publications Coordinator am AICGS und kann unter jriester@aicgs.org erreicht werden.

¹ Erin Carriere-Kretschmer, „Optimism and Obstacles for Obama in Europe,“ Pew Research Center Publications, 25 März 2009, www.pewresearch.org/pubs (26 März 2009).

größter Volkswirtschaft und Exportweltmeister nachzukommen. Merkel argumentiert, dass Deutschland durch sein soziales Netz bereits Pläne zum Schutz und zur Entlastung von Arbeitnehmern, die von der Finanzkrise betroffen sind, verfolgt. Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl im September ist Merkel darüber hinaus vorsichtig, Politik zu betreiben, die ihr als zu amerikafreundlich ausgelegt werden könnte, da viele Deutsche den USA die Schuld an der Finanzkrise geben. Bereits im April 2008 zeigten Umfragen, dass 72 Prozent der Deutschen glauben, die USA haben einen negativen Einfluss auf ihre Wirtschaft.² Obwohl sich angesichts der Verschärfung der Finanzkrise diese Zahl noch erhöhen könnte, vertrauen 89 Prozent der Deutschen darauf, dass Barack Obama die Krise lösen kann – verglichen mit 58 Prozent für Angela Merkel und 49 Prozent für ihren Herausforderer und Kanzlerkandidaten der SPD, Frank-Walter Steinmeier.³ Die Furcht vor Handelsauseinandersetzungen und Protektionismus dominieren derzeit die Debatten in Washington und Berlin. Auch der G20-Gipfel im April 2009 war nicht in der Lage, die Grundlage für eine gemeinsame politische Vorgehensweise der USA und ihren europäischen Partnern zu bilden.

In dieser entscheidenden Phase der transatlantischen Beziehungen läuft Deutschland Gefahr, durch seine eigene Trägheit in der Außenpolitik und seiner Ablehnung einer Keynes'schen Defizitfinanzierung an den Rand gedrängt zu werden. Was sollte Deutschland also tun, um dies zu vermeiden, und was erwarten die USA von Deutschland? Wie werden die Bundestagswahlen die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den nächsten Monaten beeinflussen?

Herausforderungen in der Außen- und Europapolitik

Die USA und Europa sind bereit, in vielen außen- und sicherheitspolitischen Themen auf einer gemeinsamen Linie zu agieren. Der sechzigste Jahrestag der NATO-Gründung bot eine Gelegenheit, die Mission der Organisation zu evaluieren und ihren Einsatz und ihre Effektivität in Afghanistan zu stärken. Aufgrund ihrer internen Spaltung bezüglich der Beziehungen zu ihren Nachbarn (vor allem zu Russland und der Türkei) und ihrer zunehmenden Unfähigkeit mit einer Stimme zu sprechen, braucht die Europäische Union Deutschland als starken Mitgliedsstaat, wenn sie den Einfluss auf der internationalen Bühne nicht verlieren will. Ein Durchbruch auf dem Gebiet der Klimapolitik und der Energiesicherheit kann erzielt werden, wenn Deutschland und die USA mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten und sich nicht von der Finanzkrise aufhalten lassen.

Durch die Wahl von Präsident Obama haben sich viele Beobachter ein spürbares Tauwetter in der transatlantischen Außenpolitik versprochen; Obama kündigte in Berlin an, dass „Amerika keinen besseren Partner als Europa hat“. Obamas Wahlsieg wurde von Deutschen aller politischen Richtungen begrüßt und als Beginn einer neuen Ära deutsch-amerikanischer Beziehungen gepriesen. Bereits jetzt hat sich die Obama-Administration als konsultativer und multilateraler erwiesen als ihre Vorgängerin; als solche erwartet und verlangt sie mehr von ihren Verbündeten, eine Konsequenz, die von manchen nicht vorausgesehen worden war. In seinen ersten 100 Tagen als Präsident hat Obama die U.S.-Außenpolitik entscheidend geprägt – doch inwieweit haben sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen verändert? Wie reagiert Deutschland auf diese neue Art des amerikanischen Führungsanspruchs beim Thema NATO und Afghanistan sowie der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn?

Schauplätze potentieller Zusammenarbeit – oder Spannungen

NATO und Afghanistan

Die internationale Schutztruppe ISAF unter Führung der NATO befindet sich an einem entscheidenden Punkt ihres mehr als siebenjährigen Bestehens. Aufgrund der zunehmenden Aktivitäten der Taliban und Al-Qaida in Afghanistan und seit neuestem auch in Pakistan, hat Präsident Obama diese Problematik in den Mittelpunkt gerückt. Das Hauptaugenmerk seiner Außenpolitik gilt dem Erhalt von bereits erfolgten Fortschritten hinsichtlich Sicherheit, Entwicklung und Politik sowie dem Wiederaufbau der Zivilgesellschaft. Obamas Strategiewechsel zweigt sich durch das Einbeziehen eines mit Atomwaffen bewaffneten Pakistans in den Konflikt, in der Ernennung Richard Holbrookes als Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan (genannt „AfPak“), um die regionale Herangehensweise hervorzuheben; durch den Einsatz 17.000 zusätzlicher Soldaten in der Region; und durch die Stärkung ziviler Anstrengungen in Afghanistan. Dieser Strategiewechsel dient nicht nur dazu, die amerikanischen Bemühungen im Kampf gegen Al-Qaida zu fokussieren und die Region zu stabilisieren, sondern auch um die Zivilgesellschaft eines durch Stammeskämpfe und islamistischen Extremismus lange geteilten Landes wiederaufzubauen. Deutschland und die USA sind sich darin einig, dass es langfristiger Stabilität mit „afghanischer Handschrift“ bedarf und der Ausbildung von afghanischer Polizei sowie einer afghanischen Armee Priorität eingeräumt werden muss.

² Richard Wike, „Trickle-Down Global Economics: World Already Saw U.S. Influence as Negative,“ Pew Research Center Publications, 7 Oktober 2008, www.pewresearchcenter/pubs (12 Mai 2009).

³ Infratest dimap, „Bewältigung der Krise,“ ARD-Deutschland TREND, <http://www.infratest-dimap.de> (14 Mai 2009).

Die Zusammenarbeit bei Bemühungen vor Ort zeigt den Unterschied zwischen westlicher Einflussnahme in Afghanistan auf der einen Seite und in Pakistan auf der anderen Seite, wo ein Konflikt ohne Truppen und ohne nennenswerten militärischen Einsatz seitens der USA oder Europa im Gange ist. Pakistans Militäroffensive gegen die Taliban in dem im Nordosten gelegenen Swat-Tal ging sogar dann weiter, als sich Koalitionsmitglieder Anfang Juni in Brüssel trafen, um eine Strategie für die erhöhte Truppenpräsenz in Afghanistan zu besprechen. Auch wenn dieses Vorgehen von den USA als Zeichen für Pakistans Bemühen im Kampf gegen den Terrorismus gesehen und von den meisten Pakistanis unterstützt wird, hat der Konflikt weiterhin destabilisierende Auswirkungen auf die Region und bisher zu 2 Millionen Flüchtlingen geführt, die in Schulen und Zeltstädten Zuflucht suchen. Während Pakistan sich darauf konzentriert, nordwestliche Provinzen zu stabilisieren und den Wiederaufbau zu beginnen, haben die USA bisher fast die Hälfte der international zugesagten Fördermittel bereitgestellt und fordern von ihren Verbündeten – darunter Deutschland – diese Maßnahmen zu teilen. Der Wiederaufbau ist unerlässlich, um zu verhindern, dass es in Flüchtlingslagern zu Unruhen kommt, die möglicherweise den Extremismus anfachen könnten.

Europa und seine Nachbarn

Amerikanische und deutsche Beziehungen mit Russland sind von ihren Interessen gegenüber Russland beeinflusst: Für die USA steht die Zusammenarbeit bei Sicherheit und Energie im Vordergrund, während für Deutschland Energiequellen und ein Markt für deutsche Waren von Bedeutung sind, besonders da Deutschland Russlands wichtigster Handelspartner ist. Russland hat in der Vergangenheit versucht, sich wieder als *global player* zu etablieren (was im Georgienkonflikt im Sommer 2008 und bei den Pipeline-Streitigkeiten im Frühjahr 2009 zu erkennen war), auch wenn die Abwärtsspirale der russischen Wirtschaft enorme Auswirkungen auf die internationale Handlungsfähigkeit des Landes haben könnte. Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates hat Russland jedoch ein Mitspracherecht in Sicherheitsangelegenheiten, und die USA werden auf Deutschlands gute Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn aufbauen müssen, wenn sie Russland in globale Herausforderungen, wie z.B. die nukleare Aufrüstung des Iran, einbeziehen wollen. Ob sich Russland lieber mit der NATO oder der EU einlässt, wird sich noch zeigen. In jedem Fall wird Deutschland eine maßgebliche Rolle bei der Verbesserung der westlichen Beziehungen mit Russland spielen.

Umgekehrt ist Deutschlands Nützlichkeit hinsichtlich der Beziehungen mit der Türkei nicht so geradlinig. Die Reise von Präsident Obama in die Türkei im April 2008 macht Obamas pragmatischen Ansatz gegenüber Europa deutlich. Ähnlich wie Deutschland während des Kalten Krieges, ist die Türkei heute als Akteur im Mittleren Osten und in Europa von geostrategischer Bedeutung für die USA. Zudem ist die Türkei ein Beispiel für einen säkularen, demokratischen Staat, in dem die Mehrheit muslimischen Glaubens ist. Sollten die EU und Deutschland nicht mit der Türkei zusammenarbeiten, riskieren sie, dass ihr eigener Einfluss in Anbetracht dieser pragmatischen U.S.-Regierung schwindet.

Die Europäische Union braucht Deutschland als starken Anführer in der Union – in seiner Rolle als Gründungsmitglied, bevölkerungsreichstes Land Europas und Wirtschaftsmotor ist Deutschland dafür prädestiniert. Indem Deutschland im Rahmen der EU agiert, kann es vor der Bundestagswahl im September auf der internationalen Bühne involviert sein, ohne die Hauptlast innenpolitischer Konsequenzen tragen zu müssen. Natürlich mag es Proteste seitens anderer Mitgliedsstaaten geben, die einer solchen Rolle Deutschlands in der EU nicht zustimmen. Sollte es nun für die Union, wie manche behaupten, wirklich um „alles oder nichts“ gehen, muss die EU Anstrengungen unternehmen, um Phänomenen wie Erweiterungsmüdigkeit, Vertragsunentschiedenheit und politischen Ost-West-Disparitäten entgegen zu wirken – und Deutschland sollte entsprechend reagieren.

Erwartungen und Reaktionen der USA

Die USA erwarten ein Handeln auf allen Ebenen – Strategievorschläge, personelle Zusagen, finanzielle Ressourcen. Präsident Obama hat bereits oft erklärt, dass er während der Gestaltung der Strategien seiner Regierung eine Analyse aus verschiedenen Blickrichtungen ermöglichen will; dies ist sicherlich der Fall hinsichtlich Deutschlands. Ranghohe Vertreter der neuen Administration, einschließlich des Vizepräsidenten Joseph Biden während der Münchner Sicherheitskonferenz und der Außenministerin Hillary Clinton in Brüssel, ganz zu schweigen von Obama selbst, haben Deutschland und Europa auf der Suche nach Strategieanregungen und Bereitwilligkeit zur Beteiligung an AfPak-Einsätzen bereits besucht. Politisch sind die USA ohne eine größere internationale Mitwirkung immer weniger bereit, bei globalen Konflikten einzugreifen. Obama hat die Bedrohung für die globale Sicherheit, die von einem Fehlschlag der Mission in Afghanistan und Pakistan ausgehen würde, hervorgehoben und zeigt Wege auf, wie die Zivilgesellschaft aufgebaut werden kann – aber er will Partner.

Deutschland hat sich viel Zeit gelassen, um auf amerikanische Forderungen zu reagieren. Während einer AICGS-Konferenz, die vor kurzem in Berlin stattfand, regten einige Experten an, dass in dieser Zeit, die sich durch eine noch nie dagewesene Offenheit für neue Ideen auszeichnet, Kanzlerin Angela Merkel und ihre Minister in der Großen Koalition darauf zu warten scheinen, dass Washington sie um Hilfe bittet. Obwohl Deutschland die Bundeswehrtruppen zur Sicherung der Wahlen in Afghanistan im Sommer 2009 aufgestockt hat und AWAC Flugzeuge und Personal in das Land schicken wird, sobald der Bundestag dem zustimmt, fragen einige ob dies genug ist. Kurz vor der Bundestagswahl im

September trägt der Krieg in Afghanistan in Deutschland politisches Gewicht. Obwohl sowohl die NATO, als auch ihre Präsenz in Afghanistan von der deutschen Bevölkerung unterstützt werden (mit 84% bzw. 32% Unterstützung), bleibt die deutsche Beteiligung in Afghanistan unpopulär. Vor dem Hintergrund, dass nur 32 Prozent der Deutschen die deutsche Präsenz in Afghanistan aufrechterhalten wollen,⁴ vermeiden es CDU und SPD aus Angst vor politischen Auswirkungen bei der Bundestagswahl im September, ISAF neue deutsche Truppen in Aussicht zu stellen – und beschlossen das bestehende Mandat für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan statt bis ursprünglich Herbst 2009 zunächst bis Ende 2009 zu verlängern.

Die NATO könnte in Afghanistan unter Umständen selbst ins Hintertreffen geraten. Trotz der demonstrativen Zurschaustellung der Einheit während des Gipfels zum sechzigsten Jahrestag im April 2009, fehlt es den NATO-Mitgliedern an einem gemeinsamen Ziel und der kollektiven Bereitschaft zu handeln. Manche argumentieren, dass die NATO den Test in Afghanistan eventuell nicht bestehen und durch lose Bündnisse ersetzt werden könnte. Aber auch trotz der Herausforderungen, die die NATO zu meistern hat, bleibt sie ein starkes militärisches und politisches Bündnis und wird die Krise höchstwahrscheinlich überstehen – allerdings muss sie dazu erhebliche Änderungen an Operationen und Missionen vornehmen. Das U.S.-Militär ist frustriert aufgrund der nationalen Vorbehalte, denen deutsche (und andere europäische) Truppenaktivitäten unterliegen, sowie der unzusammenhängenden Kommandostrukturen vor Ort. Die NATO braucht eine größere Bereitschaft und operationale Fähigkeit, um in NATO-Missionen und angrenzenden Konflikten (wie z.B. in Pakistan) als geeintes Bündnis auftreten zu können – nicht nur in militärischen Angelegenheiten, sondern auch beim Wiederaufbau und bei zivilen Bemühungen. Vor dem Hintergrund des Wiedereintritts Frankreichs in die Kommandostruktur, fehlender Übereinstimmung beim Thema NATO-Erweiterung und der unterschiedlichen Reaktionen zu Russland, muss die NATO erwägen, wie sie sich entwickeln will, um aktuellen und zukünftigen Anforderungen genügen zu können. Mitgliedsstaaten müssen prüfen, wie sie am besten einen Beitrag zum Bündnis leisten können und ein neues strategisches Konzept entwickeln. Sich beim Schutz der achtundzwanzig Mitgliedsstaaten auf die USA zu verlassen ist nicht nur unrealistisch, sondern in den USA auch politisch undenkbar.

Die Herausforderungen einer globalen Finanzkrise

Die Finanzkrise und die globale Rezession sind vielleicht sogar drängender als die Probleme mit Afghanistan, der NATO, EU, Russland und der Türkei. Amerikanische und deutsche Reaktionen auf die Finanzkrise von 2008 und den folgenden globalen wirtschaftlichen Abschwung sind sich politisch ähnlich, unterscheiden sich jedoch aufgrund der in Deutschland drei Monate später als in den USA aufgetretenen Krise und der Reaktion in der Öffentlichkeit. Obwohl beide Länder in der Hoffnung, das Vertrauen wiederherzustellen und Geld und Kredite wieder in Umlauf zu bringen, Gesetze zur Rettung von in Not geratenen Banken und Finanzdienstleistern verabschiedet haben (z.B. das Troubled Assets Relief Program (TARP) und der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)), unterscheidet sich das Ausmaß der Rettungsmaßnahmen.

Ganz ähnlich verhält es sich auch bei den Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Finanzkrise. Während in den USA das Vertrauen der Verbraucher gering und die Arbeitslosigkeit hoch ist, und dem Volkszorn gegenüber Finanzvorständen und Managern in der öffentlichen Debatte freien Lauf gelassen wird, hat sich die Öffentlichkeit in Deutschland bisher von der Krise unbeeindruckt gezeigt. Die Finanzkrise hat verstärkt die Unterschiede im amerikanischen und deutschen Sozialsystem und der Arbeitsmarktpolitik, die die unterschiedlichen Ansätze bei Konjunkturprogrammen und Staatsausgaben widerspiegelt, aufgezeigt. Trotz der wiederholten Forderung der USA nach mehr und größeren Finanzhilfen von Deutschland und der EU, wollen die Deutschen keine höheren Ausgaben und das Risiko von Defizit und Inflation – insbesondere nicht auf Geheiß der USA, die viele Deutsche für den globalen Wirtschaftsabschwung verantwortlich machen. Deutschland strebt einen ausgeglichenen Haushalt an und lehnt dabei öffentliche Ausgaben ab, was die politische Entscheidung, im Moment auf einen ausgeglichenen Haushalt zu verzichten, sehr schwierig machte – eine sehr unterschiedliche Haltung als in den USA. Während die USA normalerweise einen pragmatischen Ansatz befürworten und Wirtschaftspolitik nach Bedarf anpassen, bevorzugt Deutschland vor allem Stabilität und Kontinuität und ist darauf bedacht, Unsicherheit in den Märkten nicht zu erhöhen. Diese zwei Ansätze in der Wirtschaftspolitik dürfen in der gegenwärtigen Krise nicht unterschätzt werden.

Deutschland ist jedoch ein wichtiger Teil des globalen Handelssystems und kann es sich aufgrund seiner Exportabhängigkeit nicht leisten, seine Handelspartner zu verärgern oder Handelsprotektionismus wachsen zu sehen. Die amerikanische „Buy American“-Kampagne alarmierte Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks. Jetzt, da die amerikanischen Steuerzahler mehr für die Unterstützung des globalen Systems ausgeben, werden sie das Gleiche auch von ihren Partnern erwarten, einschließlich Deutschlands. Deutschland sollte sich vor der Bundestagswahl keine Auszeit

⁴ „Germans positive about NATO leaders, dislike Afghanistan mission,“ Deutsche Welle, 3 April 2009, www.dw-world.de (12 Mai 2009).

gönnen, besonders da OECD-Zahlen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 12 Prozent bis Ende 2010⁵ und eine Abnahme des Bruttoinlandsprodukts um 6,2 Prozent in 2009 voraussagen.⁶

Unterschiedliche Ansätze zur Finanzkrise

Finanzhilfen und Konjunkturprogramme

Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und dessen Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte, verabschiedeten die amerikanische und deutsche Regierung Gesetze, um durch die Übernahme des finanziellen Risikos durch den Staat die Finanzdienste zu schützen, die man für „zu wichtig zum Scheitern“ hielt – Citibank, AIG, Hypo Real Estate und zahlreiche Landesbanken, wie z.B. die Bayern LB und HSH Nordbank. In den USA gewährte TARP dem Finanzministerium 700 Milliarden Dollar um „faule“ Kredite von Banken zu kaufen, vor allem solche, die durch Hypotheken gedeckt waren, einem Sektor, der sich im Epizentrum der Krise befand. Das unmittelbare Ziel war das Vertrauen der Investoren zu stützen, das sich am Aktienmarkt widerspiegelte, und den Kreditfluss wieder herzustellen. In Deutschland verabschiedete die Regierung im Oktober 2008 einen Bankenrettungsplan, SoFFin, mit den gleichen Zielen wie in den USA – um das Bankgewerbe durch die Zusicherung riskanter Kredite und die Wiederbelebung des Kreditgeschäfts zu stabilisieren. Mit fast 500 Milliarden Euro hat die Regierung des Weiteren die Möglichkeit, bei Banken einzusteigen und dadurch Staatsmittel, ohne eine Verstaatlichung zu erwirken, in das Bankgewerbe einfließen zu lassen.

Finanzhilfepakete wurden Anfang 2009, zum Teil auch bereits vorher, durch Konjunkturprogramme ergänzt. Bereits im Frühjahr 2008 verabschiedeten Präsident George W. Bush und der Kongress eine Steuervergütung in Höhe von 600 Dollar, die den Konsum ankurbeln sollte. Im Herbst 2008 verabschiedete auch Deutschland ein 30 Milliarden Euro schweres Konjunkturgesetz. Konjunkturprogramme gewannen jedoch erst 2009 an Fahrt, als Präsident Obama den vom Kongress vorgeschlagenen 787 Milliarden Dollar Konjunkturgesetzesentwurf unterzeichnete, der dazu dienen sollte, durch öffentliche Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Energie und öffentliche Bauvorhaben Arbeitsplätze zu schaffen, und als Deutschland im Januar 2009 sein eigenes 50 Milliarden Euro Konjunkturpaket verabschiedete. (Die EU als Ganzes gab 257 Milliarden Euro für Konjunkturmaßnahmen aus.) Die unterschiedlichen Ausmaße dieser zwei Konjunkturprogramme zeigen jedoch die verschiedenen Herangehensweisen an den wirtschaftlichen Abschwung. Bleibt eine Anerkennung dieser Unterschiede durch beide Seiten aus, könnte es zu größeren Spannungen zwischen den USA und Deutschland kommen.

Auch wenn die Ausgaben der deutschen Konjunkturprogramme weit unter denen der USA liegen, machen automatische Stabilisatoren einen Großteil der Differenz wieder wett. Maßnahmen wie z.B. Kurzarbeit erlauben Unternehmen, die Arbeitszeit und Gehälter ihrer Angestellten zu verringern, indem der Staat die fehlenden Beträge beisteuert – ohne die vollen Kosten von Arbeitslosigkeit tragen zu müssen. Automatische Stabilisatoren agieren als Puffer für Konsumausgaben und verhindern damit eine Abhängigkeit vom Konsumverhalten, welches in den USA die Wirtschaft antreibt. Auch wenn die Stabilität, die automatische Stabilisatoren während des Verlaufs einer Rezession bieten, nützlich ist, gibt es unterschiedliche Meinungen zu deren Nutzen sobald die Rezession die Talsohle erreicht hat - getragen von der Befürchtung, dass automatische Stabilisatoren den Aufschwung erschweren, indem sie verhindern, dass die innovativsten und effizientesten Unternehmen die besten Arbeitskräfte einstellen, die immer noch durch Kurzarbeit an ihre alten Arbeitsplätzen gebunden sind.

Um ein möglichst genaues Bild der Lage der Konjunkturprogramme zu bekommen, sollten Statistiken automatische Stabilisatoren mit einschließen. Ohne diese Stabilisatoren belaufen sich Deutschlands Konjunkturausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die der USA auf 2 Prozent. Unter Berücksichtigung von Stabilisatoren wenden Deutschland und die USA jedoch 3,2 Prozent bzw. 3,5% ihres BIP dafür auf.⁷ Amerikaner, die oft von einem starken Gerechtigkeitsgefühl geprägt sind, beanstanden die Unterschiede bei den Konjunkturausgaben auf der anderen Seite des Atlantiks, da sie (fälschlicherweise) glauben, dass die USA erneut die Last der globalen Probleme schultert, obwohl Zahlen beweisen, dass das falsch ist.

Die Rolle des Klimawandels in der Wirtschaft

Beim Thema Klimawandel ist Deutschland zweifellos führend. Über alle Parteigrenzen hinweg gibt es den Konsens (mit Ausnahme beim Thema Atomkraft), dass die Umwelt zu schützen ist – so stark ist der Gedanke in der deutschen Gesellschaft verankert. Die amerikanische Öffentlichkeit – und Politik – hat seit den 90er Jahren, als die mangelnde Unterstützung für das Kyoto-Protokoll die USA zu Zuschauern der Klimadebatte machten, eine Kehrtwende in der Klimaschutzpolitik vollzogen. Zurzeit diskutiert der Kongress Gesetzesentwürfe, die den Anteil der USA am

⁵ OECD Economic Outlook, „Interim Report – Germany,“ S. 77, www.oecd.org (12 Mai 2009).

⁶ „Buba Cuts Germany's 2009 GDP Outlook,“ International Business Times, 5 Juni 2009, www.ibtimes.com (17 Juni 2009).

⁷ Marc Champion, „Germany Says Its Spending Package Is Already Big Enough,“ The Wall Street Journal, 12 März 2009, <http://www.wsj.com> (6 Mai 2009).

Emissionsaustoss mindern würden, allerdings schwindet die Unterstützung dafür angesichts der Finanzkrise. Tatsächlich erklärten im Januar dieses Jahres 85 Prozent der Amerikaner, dass das Stärken der amerikanischen Wirtschaft oberste Priorität haben sollte, und nur 41 Prozent gaben an, dass der Umweltschutz höchste Priorität haben sollte (und 30 Prozent wollen das Problem der Globalen Erwärmung in den Vordergrund stellen).⁸ Vor der bevorstehenden Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen zeichnet sich eine größere amerikanische Bereitschaft zur Beteiligung an internationalen Abkommen langsam ab. Aufgrund des kürzlichen Machtwechsels im Weißen Haus und dem engen Zeitfenster wird es fast unmöglich sein, vor Ende 2009 Gesetze zu verabschieden. Während einige Experten glauben, dass eine fehlende amerikanische Klimagesetzgebung die Verhandlungen in Kopenhagen behindern könnte, argumentieren andere, dass die verschiedenen Gesetzesvorschläge aus dem Abgeordnetenhaus und Senat die amerikanischen Verhandlungsführer in die Lage versetzt, ihre Position bei der Konferenz zu ihrem Vorteil zu nutzen, ohne mit ungünstigen Zugeständnissen konfrontiert zu werden.

Deutschland kann aufgrund seiner relativ effektiven Integration von Klimawandel und Umweltschutz in die Wirtschaftspolitik aus erster Hand Vorschläge zu Strategien und optimalen Verfahrensweisen machen. Durch die hohe Priorität, die Klimawandel in der Europäischen Union hat, kann die transatlantische Allianz, vorausgesetzt die Thematik gewinnt auch in den USA wieder an Schwung, die internationale Führungsrolle im Klimawandel übernehmen – und das mit größerer Autorität und Legitimität. Eine geeinte Position gibt der EU und den USA auch mehr Einfluss in Klimaverhandlungen mit Indien und China, ohne die kein Klimavertrag möglich oder umsetzbar wäre. In Anbetracht der Auswirkungen des Klimawandels auf die Energiepolitik – und damit auch die Sicherheitspolitik – sowie neue Wirtschaftsstrategien, die grüne Arbeitsplätze und Energieeffizienz in den Mittelpunkt stellen, stellt dies eine entscheidende Herausforderung für die deutsch-amerikanische Partnerschaft dar.

Die Angst vor Protektionismus

Die wirtschaftliche und politische Logik hinter den Reaktionen beider Länder auf die Finanzkrise spiegelt die politischen Wirklichkeiten wider, auch wenn das manchmal dem anderen Land nicht bewusst ist. Die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks richten ihre Politik an den Interessen ihrer jeweiligen Wählerschaft aus. Letztendlich lassen aber politischer Wille und Nationalismus diese Interessen zu einem Ausmaß auseinanderklaffen, das die Spannungen in der transatlantischen Beziehung verstärkt. In diesem Umfeld ist Protektionismus eine Sorge in der deutsch-amerikanischen Partnerschaft.

Das pragmatische und internationalistische Vorgehen der Obama Administration hinsichtlich der Finanzkrise hat bessere Chancen, die populäre Rhetorik, die amerikanischen Unternehmen unterstützt, zu mildern, als eine ideologische Reaktion auf Handelsdebatten und Protektionismus das hätte. Und doch glauben fast die Hälfte der Amerikaner, dass Außenhandel schlecht für ihr Land sei,⁹ und eine Mehrheit unterstützt den „Buy American“-Artikel des Konjunkturpakets. Des Weiteren gibt es Anzeichen dafür, dass die Anzahl der Außenhandels skeptiker im Abgeordnetenhaus wächst und die Unterstützung für die Doha-Runde stark zurückgegangen ist. Die USA und Deutschland kennen die Kosten einer transatlantischen Kluft aus eigener Erfahrung und wissen, wie wichtig Kommunikation mit dem Partner auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks ist, besonders in Bezug auf Probleme, die beide Seiten angeht, wie z.B. GM/Opel. Deutschland wird durch seine Exportabhängigkeit und hohen Außenhandelsüberschuss von einer Rezession stärker getroffen als die meisten anderen Länder – und hat wahrscheinlich am meisten protektionistische Maßnahmen seitens der Amerikaner zu fürchten. Sowohl die deutsche als auch die amerikanische Regierung sollten pragmatisch bei der Vermeidung von Handelsprotektionismus vorgehen. Im Fall Deutschlands sollten die Kanzlerkandidaten vermeiden, die Unterstützung des „Buy American“-Artikels seitens der amerikanischen Öffentlichkeit als Wahlkampfmittel einzusetzen (so wie Schröder das mit den Irak Krieg gemacht hat)– das könnte dazu führen, dass ein Keil zwischen die USA und Deutschland getrieben wird.

Deutsche und amerikanische Erwartungen

Sowohl die USA als auch Deutschland erwarten Zusammenarbeit, Kommunikation und Zusagen beim Lösen der globalen Finanzkrise. Beide Seiten haben erkannt, dass sie die Last nicht alleine tragen können – für die USA ist es zu teuer. Für Deutschland wäre ein Verlust der Exportmärkte darüber hinaus katastrophal. Präsident Obama und Kanzlerin Merkel müssen in Sachen Konjunkturprogramme, Finanzhilfen und Handel pragmatisch vorgehen.

Die Große Koalition ist allerdings aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl eingeschränkt und zwischen gemeinsamem Regieren und Wahlkampf gefangen. Was diesen Sommer in der Wirtschaft passiert – sowie die Reaktion der Regierung darauf – wird höchstwahrscheinlich wahlentscheidend sein. Auch wenn die Deutschen von der Finanzkrise

⁸ „Economy, Jobs Trump All Other Policy Priorities in 2009,“ Pew People and the Press, 22 Januar 2009, www.people-press.org (12 Mai 2009).

⁹ Jeffrey M. Jones, „Americans More Negative Than Positive About Foreign Trade,“ Gallup Poll, 18 Februar 2009, www.gallup.com (13 Mai 2009).

später getroffen wurden, wird die deutsche Wirtschaft laut OECD-Statistiken (siehe oben) schrumpfen und die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen. Merkel und Steinmeier müssen Initiative zeigen und Deutschland weltoffen aus der Krise führen und dabei vermeiden, Schröders Strategie von 2003 zu kopieren, die den USA die Schuld zuschob, und die heute ebenso schädlich für die deutsch-amerikanische Partnerschaft sein würde wie damals. Deutschland kann jedoch nicht bis nach der Wahl warten und wird den Dialog mit seinen Bürgern suchen müssen, um das Ausmaß und den besten Weg aus der Krise zu diskutieren.

Die USA wiederum erwarten deutsches Handeln – aber verstehen auch die Grenzen, die der Regierung dabei gesetzt sind. Die Offenheit der Obama Regierung für neue Ideen und Ansätze ist ein Segen für Deutschland und Europa, die bei der Regulierung der Finanzmärkte die Führung übernommen haben. Diese Krise ist also auch eine Gelegenheit dafür, eine gemeinsame Politik zu definieren, von denen beide Seiten des Atlantiks profitieren.

Die Bundestagswahl: Eine September-Überraschung?

Auch jetzt, da der Höhepunkt des Wahlkampfes – und das damit einhergehende Verharren beim Umsetzen neuer Gesetze und Initiativen – beginnt, ist der Ausgang der Wahl im September nach wie vor ungewiss. Quer durch die EU haben Mitte-Rechts- und rechte Parteien Wahlsiege erzielen können, die größten Verlierer waren dabei die sozialdemokratischen Mitte-Links Parteien. Innerhalb Deutschlands Vertretung im Europäischen Parlament haben CDU und CSU Sitze verloren, die wahrscheinlich an die Freien Demokraten (FDP) gingen. Das Ergebnis der SPD blieb unverändert und die Grünen und DIE LINKE gewannen jeweils einen Sitz.¹⁰ Tatsächlich können diese Ergebnisse als ein Referendum über die Ansichten der Europäer zur wirtschaftlichen Erholung, die eigenen Vorbehalte der Deutschen gegenüber stärkerem Staatseinfluss in Unternehmen und Wirtschaft (wie CDU und CSU es kürzlich getan haben) und die Ausgabenpläne der SPD interpretiert werden. Noch aufschlussreicher ist, dass die Kandidaten der Oppositionsparteien, insbesondere die FDP und die Grünen, Sitze gewonnen haben und sich darin die Spaltung innerhalb der größeren Parteien offenbart.

Politische Schwerpunkte in der Außenpolitik

Die zwei deutschen Volksparteien CDU und SPD unterscheiden sich in ihren Ansichten bezüglich der NATO und Russland, haben aber ähnliche Ansätze in Hinblick auf Afghanistan. Die SPD hat traditionell den Blick nach Osten gerichtet (wie durch die Ostpolitik und Annäherung durch Verflechtung) und trat gegenüber Russland versöhnlicher auf. Die persönliche Beziehung zwischen dem ehemaligen Bundeskanzler Schröder und Vladimir Putin spricht für die Freundschaft gegenüber Russland. Dies überschneidet sich mit der NATO-Erweiterungspolitik, die von der SPD, aus Angst ihren Handelspartner im Osten zu verärgern, abgelehnt wird. Umgekehrt ist die CDU – insbesondere mit Merkel an der Spitze – Russland gegenüber argwöhnisch und vor dessen autoritärer Führung auf der Hut. Sie geht in Verhandlungen mit Russland und seinen östlichen Nachbarn pragmatisch um, wie sich an der Haltung der CDU zur NATO-Erweiterung zeigt, bei der sie auf Sicherheitsbedenken durch die Einbringung instabiler Staaten in das Militärbündnis verweist.

In Bezug auf Afghanistan sind sich beide Parteien trotz des Widerstands der Öffentlichkeit darin einig, dass eine deutsche Beteiligung an Überwachungs- und Wiederaufbaumissionen notwendig ist. Es ist unwahrscheinlich, dass die Große Koalition hinsichtlich dieser außenpolitischen Themen noch vor der Bundestagswahl agieren wird, es sei denn sie wird mit einer Zuspitzung des Konflikts konfrontiert werden. Die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr bis Ende des Jahres hat Afghanistan gewissermaßen als Wahlkampfthema eliminiert.

Innenpolitische Konsequenzen der Finanzkrise

Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik sind die Unterschiede offensichtlicher. Sowohl die CDU als auch die SPD nutzen klassische Wahlkampfretorik um die Wähler mit konservativen oder sozialdemokratischen Wirtschaftsprinzipien anzusprechen. Merkel und die CDU werben für Steuersenkungen als beste Antwort auf die stagnierende Wirtschaft (und ignorieren dabei die Tatsache, dass der Staat Steuereinnahmen braucht, um die 2008 und 2009 verabschiedeten Finanzhilfen und Konjunkturpakete zu bezahlen). Außenminister Steinmeier und seine Partei wollen höhere Sozialausgaben (trotz höherer Sozialausgaben aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit). Aktuelle Umfragen zeigen, dass die CDU als die Partei angesehen wird, die am besten mit der Finanzkrise umgehen, Arbeitsplätze schaffen und sichern kann sowie eine vernünftige Steuerpolitik verfolgt. Sogar bei der Sicherung und Erhöhung der Renten, einem der Hauptziele der SPD, hat die Wählerschaft mehr Vertrauen in die CDU.¹¹

Die wirklich wichtige Frage wird sein, inwieweit die kleineren Parteien angesichts der Finanzkrise die Wahl beeinflussen werden. Aufgrund der allgemeinen Ansicht, dass sich CDU und SPD nicht groß unterscheiden, haben in den Umfragen (und bei der Europawahl) die FDP und die Grünen zugelegt. Die liberale FDP spricht mit ihrem marktorientierten

¹⁰ Infratest-dimap, „Wahl 09: Deutschland Sitzverteilung,“ www.infratest-dimap.de (16 Juni 2009).

¹¹ Infratest-dimap, „Parteikompetenzen I,“ ARD-DeutschlandTREND April 2009, www.infratest-dimap.de (14 Mai 2009).

Programm Wähler aus der Mittelschicht an, die dem Eingreifen der Großen Koalition in den Markt misstrauisch gegenüberstehen. Diese Entwicklung könnte dazu führen, dass die FDP die CDU zu geringerer Staatsintervention und einer marktorientierten Politik drängen könnte – oder aber sie könnte den Wahlvorteil der CDU im kommenden September schwächen, sollte sich die Anzahl derer vergrößern, die der CDU den Rücken kehren. Die Grünen machen sich ebenfalls Hoffnungen, Wähler durch ihren „New Green Deal“ zu gewinnen, indem sie Wähler der SPD ansprechen. Der endgültige Einfluss der kleinen Parteien wird sich noch zeigen. Werden deren Erfolge bei der Europawahl dazu führen, dass CDU und SPD eine markt- und umweltorientiertere Position einnehmen? Wird die FDP als Koalitionspartner von CDU/CSU in die Regierung zurückkehren und in Deutschland dadurch eine Wirtschaftspolitik einführen, die unternehmensfreundlich ist und niedrigere Steuern verspricht? Oder wird es eine Neuaufgabe der Großen Koalition mit Steinmeier als Vizekanzler geben?¹² Die USA müssen abwarten und sehen, welche „Farbe“ ihr zukünftiger deutscher Partner haben wird.

2009: Die Fortführung einer Partnerschaft oder der Anfang einer neuen Ära?

Die Welt war 2008 Zeuge der historischen Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie war dabei, als China bei der Olympiade zum Star wurde. Sie sah dabei zu, wie die Spannungen zwischen Russland und Georgien eskalierten. Und sie musste erleben, wie die globale Finanzordnung zusammenbrach und sich zu einer Krise ausweitete, in der die Talsohle noch nicht erreicht sein mag. Wie in den vierzig Jahren des Kalten Krieges im zwanzigsten Jahrhundert, spielt die deutsch-amerikanische Partnerschaft eine wichtige Rolle beim Lösen der Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts.

Wie kann Deutschland dabei von Bedeutung sein?

Als mittelgroße Macht hat Deutschland weder die Kapazität noch den Willen die gleiche Rolle bei globalen Herausforderungen anzunehmen wie die USA. Die USA übertreffen Deutschland und die EU bei Militärausgaben und sind als einzige Supermacht ein Garant für die Sicherheit auf der ganzen Welt. Des Weiteren ist die amerikanische Wirtschaft, wie man 2008 gesehen hat, so mit der Weltwirtschaft verwoben, dass ihre Erholung entscheidend für die Wiederbelebung von Investments und der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit ist.

Von Deutschland kann ein Engagement gleicher Größenordnung nicht erwartet werden. Die Europäische Union, die insgesamt eine größere Bevölkerung und ein höheres BIP als die USA hat, bietet auf der anderen Seite Deutschland die Möglichkeit, seine Führungsstärke zu demonstrieren und die treibende Kraft des europäischen Engagements zu sein. Als das bevölkerungsreichste Land mit der größten Volkswirtschaft – im Zentrum einer erweiterten EU gelegen – kann Deutschland das europäische Experiment neu beleben. Dabei profitiert Deutschland nicht nur aufgrund seiner Position innerhalb der EU, sondern auch von der Position der EU in der Welt. Eine größere europäische Geschlossenheit hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Finanzpolitik kann die atlantische Partnerschaft stärken, da die USA dadurch einen starken Partner bekommen, der bereit – und fähiger – ist, die gemeinsamen Herausforderungen anzugehen. Die Obama Administration würde im Fall einer gelähmten Union schnell ungeduldig werden und sich möglicherweise anderen Partnern und Gelegenheiten zur Kooperation zuwenden. Es ist in Deutschlands Interesse seine eigene internationale Bedeutung zu bewahren, indem es die Führung innerhalb Europas übernimmt. Untätigkeit wird nur dazu führen, dass Deutschland an den Rand gedrängt wird, und das nicht nur wenn Deutschland nicht fähig sein sollte, Erwartungen und Versprechen zu erfüllen, sondern auch wenn es versäumt, die Initiative zu ergreifen und stattdessen auf Aufforderungen seiner Partner und Verbündeten wartet. Deutschland hat schon jetzt die Möglichkeit seine Entschlossenheit im Kampf gegen Extremismus unter Beweis zu stellen, indem es zur internationalen Aufbauhilfe in Pakistan beiträgt und seine europäischen Partner zum gleichen Handeln ermutigt. Eine zögerliche Beteiligung der Europäer würde in Washington als negativ angesehen werden.

Die USA und Deutschland durchleben gerade eine Schonzeit zwischen den beiden Wahlen, aber der richtige Test der Beziehungen steht nach der Wahl einer neuen Regierung in Deutschland an. Je nachdem welche Regierung das deutsche Volk wählen wird, werden die Auswirkungen auf die Beziehungen des Landes zu den USA unterschiedlich ausfallen. Während die Europawahl Gutes für die Mitte-Rechts-Parteien verspricht, gab es bei den Landtagswahlen 2008 in Hamburg und Hessen keine klaren Anzeichen für den Ausgang der Bundestagswahl. Hamburg wählte eine Koalition aus CDU und Grünen, und in Hessen wurden CDU und FDP nach Neuwahlen stärkste Kraft. Die Wahlen im Saarland, Sachsen und Thüringen im August 2009 werden bessere Indikatoren für die Bundestagswahl im September sein. Aktuelle Umfragen sehen die CDU in Führung, gefolgt von der SPD, was eine erneute Große Koalition wahrscheinlich macht.

Bis dahin kann es sich Deutschland nicht erlauben, sich nur auf innenpolitische Probleme oder den Ausgang der Bundestagswahl zu konzentrieren, da es sonst riskiert, in Washington seinen Einfluss und Wert als Partner zu verlieren.

¹² Infratest-dimap, „Sonntagsfrage Bundestagswahl,“ ARD-DeutschlandTREND Juni 2009, <http://www.infratest-dimap.de> (16 Juni 2009).

Mit der neuen Obama Administration können sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht auf nur auf gleiche Werte und eine gemeinsame Geschichte berufen. Es muss stattdessen eine pragmatische Partnerschaft sein, die auf dem Erreichen gemeinsamer Ziele beruht. Im Bereich der Außenpolitik bedeutet das eine effektive Zusammenarbeit in Afghanistan und innerhalb der NATO, sowie koordiniertes Vorgehen gegenüber Europas Nachbarn (insbesondere Russland und der Türkei). Zusammen mit den USA ist es nun möglich, den Druck auf Entwicklungsländer zu erhöhen und sie zum Verabschieden klimaschützender Maßnahmen zu drängen, sowie eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik, die aus der Finanzkrise hervorgeht, in Deutschland und den USA mit dem Ziel positiver Auswirkungen auf den Klimawandel umzusetzen. Das Erreichen gemeinsamer Ziele ist in Anbetracht des größten wirtschaftlichen Abschwungs seit den 30er Jahren, mit dem sich die Welt konfrontiert sieht, auch in der Wirtschaftspolitik entscheidend. Um die Politik der anderen Seite besser zu verstehen – und um gegenseitige Schuldzuweisungen und Protektionismus zu vermeiden – wird eine bessere Kommunikation zwischen Washington und Berlin (und Brüssel) nötig sein.

Auch nach der Wahl im September wird Deutschland, dank seiner Fähigkeit bei einer Reihe von Problemen die Führungsrolle zu übernehmen und darüber hinaus Unterstützung zu leisten, ein wertvoller Partner für die USA bleiben. Innerhalb der CDU und SPD ist man den USA und Obama gegenüber freundlich gesinnt. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen können 2009 und darüber hinaus gedeihen – allerdings werden beide Partner mehr Initiative bei der Lösung von Herausforderungen auf beiden Seiten des Atlantiks zeigen müssen.

*AICGS dankt dem German Marshall Fund of the United States
für die großzügige Unterstützung des originalen Issue Briefs.*

Die Meinung in dieser Veröffentlichung sind die der Autorin und spiegeln nicht die Meinungen
des American Institute for Contemporary German Studies wider.